

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

DER BDI STELLT SICH VOR

Der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 40 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Millionen Beschäftigten im Inland. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Die 15 Landesvertretungen setzen sich für die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene ein.

Der BDI hat die Aufgabe, alle gemeinsamen Belange der in ihm zusammengeschlossenen Industriezweige zu wahren und zu fördern. Er bringt sich frühzeitig in den öffentlichen politischen Diskurs ein. Er setzt Themen, bündelt differenzierte Meinungen, schafft in der Allianz mit seinen Mitgliedsverbänden Interessenausgleich und bietet so der Politik abgestimmte, repräsentative Positionen der Wirtschaft.

UNTERSTÜTZUNG IM RAHMEN DER AUSSENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Der BDI unterstützt Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Er sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung und befasst sich mit Themen, die einzelne Unternehmen konzeptionell so nicht bearbeiten können: von Kommunal финанzen bis Corporate Governance, von CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) bis zur Europäischen Integration und zur Welthandelsrunde.

Die Auslandsbüros des BDI in Brüssel, Washington, D.C. und Peking liefern verlässliche Informationen, setzen sich für die Interessen der Mitglieder vor Ort ein und stehen bei Bedarf mit Rat und Tat zur Verfügung. In Brüssel ist der BDI einer von 40 nationalen Verbänden im europäischen Dachverband BusinessEurope (BE).

PRODUKTE, PUBLIKATIONEN UND ONLINE-ANGEBOTE

[Publikationen Internationale Märkte](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.